

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 31.01.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:36 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Ammersken, Heino

Vorsitzender

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Götze, Horst
Grix, Helga
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe
Stöhr, Friedrich

für Frau Elfriede Meyer

CDU-Fraktion

Janßen, Heinz Werner
Orth, Petra

für Frau Carmen Schönsee

FDP-Fraktion

Bolinus, Rolf

Stellvertretender Vorsitzender

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder

Dietrich, Jürgen
Hayenga, Klaas
Hollander, Volkmar
Janssen, Soghra
Züchner, Hermann

Vertreter der DPWV
Vertreter der ev.-ref. Kirche
Vertreter der DRK
Vertreterin des Integrationsrates
Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Tempel, Doris
Decker, Ubbo Dr.
Discus, Gerhard
Knochenhauer, Annett
Kromminga, Engelbert
Schröder, Rolf-Dieter
Szag, Elisabeth

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Protokollführung

Ubben, Wolfgang

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Pflichtenbelehrung der beratenden Mitglieder gem. § 28 NGO

Herr Ammersken nimmt gem. § 28 NGO die Pflichtenbelehrung der beratenden Mitglieder vor:

Herr Jürgen Dietrich
Herr Klaas Hayenga
Frau Soghra Janssen
Herr Hermann Züchner

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 05.12.2006

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 05.12.2006 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Zuschauern erfolgt keine Wortmeldung

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 15/0073

Herr Ammersken schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 gemeinsam zu behandeln.
Gegen diesen Vorschlag werden keine Einwendungen erhoben.

Herr Lutz erklärt, dass mehr als 50 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes 2007 auf die Fachbereiche 500 und 600 entfallen. Eine Beeinflussung dieser Aufgaben sei kaum

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

möglich, da es sich größtenteils um Pflichtaufgaben handele, die vom Bund und vom Land vorgegeben seien.

Anhand einer Power-Point-Präsentation, die als PDF-Datei im Internet unter www.emden.de im Bürgerinformationssystem einzusehen ist, gibt **Frau Tempel** nähere Erläuterungen zum Gesamtbudget für den Fachbereich 500 für das Jahr 2007.

Frau Lina Meyer erkundigt sich, ob eine Wiederbesetzung der vakanten Arztstelle im Fachdienst Gesundheit vorgesehen sei. Frau Tempel erwidert, dass eine Wiederbesetzung der Stelle erfolgen werde. Zurzeit erfolge die Abwicklung der anfallenden Aufgaben über Honorarkräfte.

Herr Janssen möchte wissen, ob bezüglich des Budgets bereits ein Vergleich mit anderen Städten möglich sei. Darüber hinaus fragt er nach, warum Aufwendungen für zeitlich befristet eingestellte Mitarbeiter als Sachkosten gebucht werden.

Herr Lutz erklärt, dass eine Vergleichbarkeit des Budgets der Stadt Emden mit anderen Städten zurzeit noch nicht möglich sei, da sich aufgrund der gesetzlichen Veränderungen noch erhebliche Verwerfungen ergeben hätten.

Darüber hinaus führt er aus, dass für zeitlich befristete Projekte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt würden. Alternativ bestünde die Möglichkeit, die Leistungserbringung extern einzukaufen. Daher handele es sich nicht um Personalkosten, sondern um Sachkosten.

Herr Götze erkundigt sich, ob die Einführung eines Qualitätsmanagements mit internen oder mit externen Kräften erfolgen werde.

Frau Tempel erwidert, dass das Qualitätsmanagement durch eine Mitarbeiterin des Fachdienstes Service/Sozialverwaltung eingeführt werde, die dafür eine spezielle Ausbildung absolviert habe. Darüber hinaus werde überlegt, ob und in welchem Umfang eine externe Begleitung erforderlich sei.

Herr Schild bittet um genauere Erläuterung des Zieles Förderung der Primärprävention.

Herr Dr. Decker erklärt, dass dieses Ziel durch das bundesweite Projekt „Klasse 2000“ unterstützt werde. Ziel sei es, die Persönlichkeit der Kinder zu stärken sowie das Bewusstsein für die Gesunderhaltung des Körpers spielerisch zu erlernen und zu fördern. Eine zwischenzeitliche Evaluation habe gezeigt, dass bislang bundesweit sehr gute Erfahrungen mit diesem Projekt gemacht worden seien, sodass eine Weiterführung für erforderlich gehalten werde.

Nachdem **Herr Kromminga** das Budget für den Fachdienst Wohnen erläutert hat, fragt **Herr Janssen** nach, warum die Auszahlung des Wohngeldes in berechtigten Fällen nicht direkt an den Vermieter erfolge.

Frau Tempel erklärt, dass grundsätzlich keine Möglichkeit bestünde, den Leistungsanspruch direkt an den Vermieter abzuführen.

Herr Lutz führt ergänzend aus, dass nur über die Möglichkeit einer freiwilligen Abtretung des Wohngeldes die Möglichkeit bestünde, den Leistungsanspruch an den Vermieter weiterzuleiten.

Herr Götze fragt nach, ob noch Wohnberechtigungsscheine ausgestellt würden.

Frau Tempel erwidert, dass in Emden öffentlich geförderter Wohnraum vorhanden sei, für den entsprechende Wohnberechtigungsscheine ausgestellt würden.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Graf fragt nach, was unter der Formulierung „Bedarfsfeststellung bei Alltagsproblemen“ zu verstehen sei.

Herr Kromminga erklärt, dass bei dem anspruchsberechtigten Personenkreis der Bedarf an einmaligen Leistungen ermittelt werde. Darüber hinaus werde Hilfestellung bei alltäglichen Verrichtungen gegeben.

Herr Schild möchte wissen, was unter dem Begriff Kriegsopferfürsorge zu verstehen sei.

Frau Szag erklärt, dass es sich bei diesem Personenkreis um Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene handele, für die das Bundesversorgungsgesetz gelte. Die Zahl der Leistungsberechtigten nehme altersbedingt kontinuierlich ab. Im Rahmen der Kriegsopferfürsorge werden sowohl ambulante als auch stationäre Leistungen gewährt.

Herr Schild möchte wissen, ob die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern günstiger sei als die Unterbringung in der Larrelder Batterie.

Herr Lutz erwidert, dass die Anzahl der Asylbewerber seit Jahren rückläufig sei. Zurzeit sei die Anzahl der Heimplätze in der Larrelder Batterie vertraglich geregelt. Da nicht alle Bewohner ständig vor Ort seien, werde über eine kostengünstigere Lösung nachgedacht.

Nachdem **Herr Dr. Decker** das Budget seines Fachdienstes erläutert hat, führt **Frau Lina Meyer** aus, dass die Krätze wieder verstärkt aufgetreten sei. Sie möchte wissen, wie sich die derzeitige Situation in Emden darstelle.

Herr Dr. Decker erläutert, dass diese Erkrankung in Emden keine Bedrohung darstelle. Gleichwohl werde im Café Life-Point eine entsprechende Beratung angeboten.

Herr Janssen möchte wissen, ob die Vorsorgeuntersuchungen für Brustkrebserkrankungen im Emdener Krankenhaus weitergeführt werden.

Herr Dr. Decker erklärt, dass es lediglich für die im Mammobil durchgeführten Untersuchungen eine Förderung durch die Krankenkassen gegeben habe. Für eine Vorsorgeuntersuchung im Krankenhaus sei keine Förderung durch die Krankenkassen vorgesehen. Daher erfolge zurzeit keine Weiterführung dieses Vorsorgeprogramms.

Herr Götze zeigt sich besorgt über die zunehmende Zahl von TBC-Erkrankungen. Er möchte wissen, ob es zurzeit eine wirksame Impfung gegen diese Krankheit gebe.

Herr Dr. Decker erwidert, dass es sich bei der Bekämpfung von TBC-Erkrankungen um eine komplizierte Behandlung handele und daher der Einsatz von neuentwickelten Impfstoffen nur sehr dosiert erfolge, um die Bildung von neuen resistenten Viren zu vermeiden.

Herr Graf möchte wissen, in welchen Bereichen die von der AAFÖG vermittelten Mitarbeiter im Fachdienst Gesundheit eingesetzt werden.

Herr Dr. Decker erklärt, dass der Mitarbeiter Hagen Bierstedt im Bereich der Altenhilfeplanung eingesetzt sei. Darüber hinaus werde im Café Life-Point Herr Rolf Knepperger mit dem Ziel beschäftigt, sich für die berufliche Weiterentwicklung zu qualifizieren.

Herr Lutz führt ergänzend aus, dass die Beschäftigung dieser Mitarbeiter nach Tarifvertrag erfolge.

Herr Schild möchte wissen, ob die ärztliche Versorgung im Tagesaufenthalt sichergestellt sei.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Dr. Decker erklärt, dass sich zurzeit Veränderungen ergeben würden, die aber keinerlei Auswirkungen auf die Sicherstellung der medizinischen Versorgung hätten. Die im Tagesaufenthalt tätige Ärztin nehme ihre Aufgabe im Rahmen einer Nebentätigkeit wahr.

Nachdem **Herr Discus** das Budget der ARGE vorgestellt hat, möchte **Herr Schulze** wissen, ob ein bedarfsgerechter Einsatz von SGB II - Empfänger bei der AAFÖG erfolge. Darüber hinaus möchte er wissen, wie sich Kürzungen auf den Leistungsbezug auswirken.

Herr Discus erwidert, dass erwerbsfähige Erstantragsteller, denen Arbeit zugemutet werden könne und für die im Rahmen des Erstgespräches beim Arbeitsvermittler auf den ersten Blick keine Verwendungsmöglichkeit auf dem 1. Arbeitsmarkt möglich erscheine, in ein Sofortprogramm der AAFÖG zügig integriert werden. Soweit sich dort oder in weiteren Gesprächen mit dem persönlichen Ansprechpartner eine andere Einsatzmöglichkeit ergebe, die im 1. Arbeitsmarkt liege oder an diesen besser heranführe, werde diese sofort genutzt. Darüber hinaus führt Herr Discus aus, dass sich eine Kürzung auf den Regelsatz beziehe. Bei Personen unter 25 Jahren sei eine Kürzung des Regelsatzes um bis zu 100 % möglich. Sollte eine solche Kürzung ausgesprochen werden, werde der Lebensunterhalt mit Lebensmittelgutscheinen sichergestellt.

Herr Götze zeigt sich verwundert, dass im Eingangsbereich der ARGE eine Videokamera installiert sei. Er fragt nach, ob dies gegen Persönlichkeitsrechte verstoßen würde.

Herr Discus sichert zu, eine Klärung über die Bundesagentur für Arbeit herbeizuführen.

Anmerkung des Protokollführers:

In den Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit und in der ARGE sind zunehmend Gefahren unterschiedlicher Art und Ausprägung festzustellen. Betroffen von Vandalismus, Diebstählen oder gar körperlicher Gewalt sind sowohl Kunden und Mitarbeiter als auch Gebäude und Inventar. In den Dienststellen sind daher gemäß BA-Rundbrief 13/2004 eventuelle Sicherheitslücken auszumachen und zu beseitigen. Im Rahmen der Sicherheit in den Dienststellen der BA sind entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Gem. Ziff. 2 der o.a. Geschäftsanweisungen wurde daher eine Videoüberwachungsanlage im Eingangsbereich installiert. Eine Anbringung in Büros ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zulässig. Im Eingangsbereich werden die Besucher auf das Vorhandensein der Anlage durch einen Hinweis auf der Glasscheibe der Eingangstür ausdrücklich hingewiesen. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen werden strikt eingehalten. Ein Software gesteuertes Überschreiben des gespeicherten Bildmaterials erfolgt spätestens nach 48 Stunden.

Herr Götze macht deutlich, dass er den Warteraum für Antragsteller in der ARGE aufgrund der Größe und der räumlichen Ansiedlung für nicht angemessen halte.

Herr Discus räumt ein, dass die derzeitige Lösung nicht befriedigend sei. Es werde aber alsbald ein Aufrufsystem installiert, welches die schnellstmögliche Weiterleitung des Kunden an den richtigen Ansprechpartner sicherstelle.

Herr Schild möchte wissen, ob persönliche Ansprechpartner für Leistungsbezieher entsprechend geschult werden. Nach seinen bisherigen Erkenntnissen werde die Unsensibilität der Ansprechpartner bemängelt.

Herr Discus macht deutlich, dass nach einer Kundenbefragung auch viele positive Rückmeldungen festgestellt worden seien. Die persönlichen Ansprechpartner werden durch regelmäßige Schulungen auf den Umgang mit den Kunden vorbereitet.

Herr Graf bestätigte die Aussagen von Herrn Discus. Darüber hinaus möchte er wissen, warum eine Vermittlung von Erstantragstellern in das Sofortprogramm der AAFÖG erfolge.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Discus erklärt, dass es grundsätzlich Ziel sei, eine Vermittlung auf dem 1. Arbeitsmarkt zu erreichen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es erforderlich, viele persönliche Dinge des Erstantragstellers in Erfahrung zu bringen. Das eingeleitete Sofortprogramm stelle ein Hilfsmittel dar, um die Zusammenarbeit zwischen ARGE und Arbeitssuchenden zu erleichtern.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2010
Vorlage: 15/0074

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Dezentrale Unterbringung ausreisepflichtiger Flüchtlinge
Vorlage: 15/0154

Herr Otto erläutert die Vorlage anhand einer Power-Point-Präsentation, die als PDF-Datei im Internet unter www.emden.de im Bürgerinformationssystem einzusehen ist.

Frau Lina Meyer zeigt sich über die bisherige Entwicklung betroffen und weist darauf hin, dass es einen Ratsbeschluss geben soll, wonach die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen grundsätzlich nicht in den Stadtteilen Port Arthur/Transvaal, Barenburg und Borssum erfolgen soll. Zudem zeigt sie sich verwundert, dass eine Auskehrung von Leistungen an Personen erfolge, die sich offensichtlich nicht überwiegend in Emden aufhalten.

Frau Tempel weist darauf hin, dass es im Arbeitskreis intensive Diskussionen um die dezentrale Unterbringung der in der Larrelter Batterie ansässigen Flüchtlinge gegeben habe. Da es aber bereits Kontakte der Flüchtlinge zu Bewohnern des Stadtteiles Barenburg gäbe, würde eine entsprechende Wohnungsnahme in diesem Stadtteil begrüßt. Darüber hinaus erfolge eine Betreuung dieser Gruppe durch den im Fachdienst Wohnen zuständigen Mitarbeiter. Zurzeit würden noch 9 Personen aktiv nach einer Unterkunft suchen. Hier sei aber auch die Unterstützung durch die Wohnungsbaugesellschaften und Vermieter erforderlich. Da es zum bisherigen Zeitpunkt nicht gelungen sei, Wohnungen in anderen Stadtteilen zu finden, werde auch die Wohnungsnahme in den von Frau Meyer genannten Stadtteilen akzeptiert. Bezüglich der Auskehrung von Geldleistungen weist Frau Tempel darauf hin, dass Personen der Stadt Emden zugewiesen seien. Eine Gewährung von Leistungen sei nicht an den ständigen Aufenthalt gekoppelt.

Frau Bamminger erklärt, dass sie die Auflösung der Flüchtlingsunterkunft Larrelter Batterie grundsätzlich begrüße. Gleichwohl zeigt sie sich besorgt darüber, dass der Anteil ausländischer Mitbürger im Stadtteil Barenburg ständig ansteige, während sich der Anteil deutscher Staatsangehöriger verringere.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Tempel zeigt Verständnis für die Reaktion von Frau Bamminger. Zurzeit sei es aber geboten, jede Chance einer Wohnungsnahme durch diesen Personenkreis zu unterstützen. Darüber hinaus werde in dieser Frage auch die Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat intensiviert.

Herr Lutz weist darauf hin, dass seitens der Verwaltung keine Garantie dafür gegeben werden könne, dass sich Flüchtlinge keine Wohnungen in den genannten Stadtteilen nehmen würden. Durch die bereits erfolgte Kontaktaufnahme seien die Flüchtlinge zudem bereit, sich zu integrieren. Dies müsse auch Berücksichtigung finden.

Herr Schulze weist darauf hin, dass die Verwaltung seiner Meinung nach versuche, den Ratsbeschluss bestmöglich umzusetzen. Gleichwohl müsse die Frage gestellt werden, ob der Stadtteil Barenburg den Zuzug weiterer ausländischer Mitbürger verkrafte.

Herr Graf erkundigt sich, ob eine Möglichkeit bestünde, die Flüchtlinge in leerstehende Wohnungen der GEWOBA unterzubringen.

Herr Lutz erwidert, dass zurzeit der gesamte Wohnungsbestand vermietet sei. Im Übrigen würde eine zwangsweise Einquartierung in eine Wohnung der GEWOBA eine Form der Zuweisung darstellen, die nicht gewollt sei.

Frau Janssen macht deutlich, dass auch diese Menschen das Recht auf eine freie Wohnungssuche haben. Dieser Personenkreis stünde nicht nur für Probleme, sondern würde auch eine Bereicherung darstellen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Lutz weist darauf hin, dass die Stadt Emden im Jahre 2006 1,3 % sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen habe. Leider betrage der Anteil Emder Arbeitnehmer an der Schaffung neuer Arbeitsplätze nur 0,2 %. Somit würde der überwiegende Teil der neugeschaffenen Arbeitsplätze von Arbeitnehmern wahrgenommen werden, die aus den Nachbargemeinden und Städten kommen. Somit stelle Emden zwar den Jobmotor für Ostfriesland dar, nur leider partizipiere Emden nicht davon.

TOP 10 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und wünscht allen Beteiligten einen schönen Feierabend.